

Bayerische Landeskirche will verstärkt in Öko-Stromerzeuger investieren
Finanzchef Meier: Geld ist beim nachhaltigen Wirtschaften nicht die Hauptsache

München (epd). Die evangelische Kirche in Bayern will ihr Geld noch stärker im Bereich der erneuerbaren Energien investieren. Nach dem Atomunglück in Japan seien bei den Investments alle Energieversorger, sofern sie Atomstrom produzieren, aus dem Portfolio ausgeschlossen worden, sagte der Finanzchef der bayerischen Landeskirche, Oberkirchenrat Claus Meier, in München.

"Wir wollen in Zukunft noch mehr Unternehmen unterstützen, die auf Ökostrom umstellen und bei der Stromerzeugung neue Wege gehen", begründete Meier die Entscheidung. Die Restrisiken der Kernenergie seien nicht beherrschbar, deshalb gehe es dabei um Gefährdungen, die keiner mehr verantworten könne. Er sprach bei einem regionalen Treffen des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer in Deutschland (AEU) zum Thema "Ethische und nachhaltige Geldanlage in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern".

Die Landeskirche, die seit 2007 schuldenfrei ist, hat laut Meier ihre Vermögensanlage seit 2002 schrittweise auf Nachhaltigkeit umgestellt. Dieses Wirtschaften vollziehe sich im Dreiklang von wirtschaftlichem Erfolg, sozialer Verantwortung und Umweltverträglichkeit. So gebe es bereits keine Investitionen in Waffen und Rüstungsgüter. "Wir schließen alle Unternehmen aus, die mit Gütern für militärische Zwecke mehr als fünf Prozent Umsatz erzielen", sagte Meier. Unabhängig vom Umsatz sei eine Geldanlage bei Unternehmen vollkommen tabu, die Bauteile für Anti-Personen-Minen, Streubomben und Nuklearwaffen produzieren. Zudem werde auch nicht in Unternehmen investiert, die embryonale Stammzellenforschung betreiben und nicht in die Tabak-Industrie.

Nachhaltige Geldanlagen müssten langfristig kein schlechteres Ergebnis erzielen als konventionelle, berichtete Meier. Geld dürfe nicht die Hauptsache sein. "Wir verwalten das Geld anderer Menschen, die Kirchensteuer zahlen und obendrein Spenden leisten." Die Landeskirche verstehe sich nicht als Gewinnmaximierer, sondern müsse in erster Linie ihre Pensionsverpflichtungen für Pfarrer, Diakone und Kirchenbeamten im Blick haben.

Die bayerische Kirche zahle als einzige der evangelischen Landeskirchen in Deutschland in die Rentenversicherung Bund ein. Gegenwärtig werde die Hälfte der Versorgungsansprüche daraus finanziert. Weitere 40 Prozent stammten aus Kapitalmärkterträgen, die restlichen zehn Prozent kämen aus Kirchensteuereinnahmen.

Die Folgen der weltweiten Finanzkrise sind Meier zufolge noch lange nicht ausgestanden. Deshalb sei es nötig, weitere Regularien für die Finanzmärkte zu beschließen. So trete die evangelische Kirche für eine Finanztransaktionssteuer ein, um zusätzliche Mittel explizit für soziale, entwicklungspolitische und ökologische Herausforderungen zu erzielen. Eine solche Steuer von nur 0,01 als Umsatzsteuer auf jede Finanztransaktion würde Spekulationen einschränken. Sie wäre ein Beitrag, um die Finanzmärkte dahingehend zu steuern, dass sie wieder mehr im Dienst der realen Wirtschaft stehen, unterstrich Meier. Die Landeskirche beteilige sich daher an der bundesweiten Kampagne "Steuer gegen Armut".

Internet: www.steuer-gegen-armut.org (0713/30.03.2011)

+++